

Ergebnisdokumentation

Extremismus und Gewalt

Gesellschaftliche Entwicklungen aus Sicherheitsperspektive

29. Januar 2021

Onlineveranstaltung

Zusammenfassung und Dokumentation: Ann-Kathrin Lindner, Roman Peperhove, Prof. Dr. Lars Gerhold,
Hagen Tischer, Samuel Domiks

Forschungsforum Öffentliche Sicherheit
Freie Universität Berlin, Carl-Heinrich-Becker-Weg 6-10, 12165 Berlin
Tel: +49 (0)30 838 57367, Fax: +49 (0)30 838 4 57367
roman.peperhove@fu-berlin.de, www.sicherheit-forschung.de

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Inhalt

Programm.....	3
1 Einleitung.....	4
2 Transformationen politischer Gewalt – Herausforderungen für die Sicherheitspolitik.....	5
3 Paneldiskussion: Die bundespolitische Perspektive auf Extremismus und Radikalisierung.....	8
4 Impulsvorträge.....	11
4.1 Extremistische Online-Propaganda: Erscheinungsformen und Herausforderungen.....	11
4.2 Monitoring in der Radikalisierungsforschung – Paradoxe Verhältnisse von möglichem und gewolltem Wissen.....	12
4.3 Beleidigt und bedroht. Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von Ratsmitgliedern in Deutschland.....	13
5 Führung im Zukunftslabor Sicherheit.....	14
5.1 Szenario „Extremismus und Gewalt“.....	14
5.2 Im Szenario „Extremismus und Gewalt“ integrierte Forschungsprojekte.....	15
6 Kleingruppendiskussionen.....	16
6.1 Extremistische Online-Inhalte.....	16
6.2 Extremismus und Empirie.....	17
6.3 Kommunalpolitik und Gewalterfahrung.....	18
7 Paneldiskussion: Prävention von Extremismus und Gewalt.....	19

Programm

10:00 – 10:15

Begrüßung und Einführung

Prof. Dr. Lars Gerhold, Roman Peperhove
AG Interdisziplinäre Sicherheitsforschung, Freie Universität Berlin

10:15 – 11:00

Transformationen politischer Gewalt – Herausforderungen für die Sicherheitspolitik

Prof. Dr. Christopher Daase, Goethe-Universität Frankfurt am Main

11:00 – 12:00

Die bundespolitische Perspektive auf Extremismus und Radikalisierung

Paneldiskussion mit Mitgliedern des Innenausschusses des deutschen Bundestags

- Fr. Susanne Mittag, MdB (SPD)
- Fr. Renate Künast, MdB (Bündnis 90 / Die Grünen)
- Hr. Konstantin Kuhle, MdB (FDP)
- Dr. André Hahn, MdB (Die Linke)
- Prof. Dr. Christopher Daase, Goethe-Universität Frankfurt am Main

– Kaffeepause –

Impulse

12:05 – 13:00

Extremistische Online-Propaganda: Erscheinungsformen und Herausforderungen

Dr. Bernd Zywietz
Leiter Bereich „Politischer Extremismus“, jugendschutz.net

Monitoring in der Radikalisierungsforschung - Paradoxe Verhältnisse von möglichem und gewolltem Wissen

Dr. Uwe Kemmesies
*Koordinator Spitzenforschungscluster MOTRA,
Leiter der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamts*

Beleidigt und bedroht. Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von Ratsmitgliedern in Deutschland

Jana Faus
Geschäftsführerin pollytix strategic research GmbH

– Mittagspause –

Virtueller Besuch des Zukunftslabor Sicherheit, Szenario: Extremismus und Radikalisierung

13:30 – 14:45

Kleingruppen-Diskussionen (ggfs. mit den Impulsgeber:innen):

- Extremistische Online-Inhalte
- Extremismus und Empirie
- Kommunalpolitik und Gewalterfahrungen

– Kaffeepause –

15:00 – 16:00

Vorstellung der Ergebnisse der Kleingruppen und Diskussion zur Prävention

Daniela Kolbe, MdB (SPD)

stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung

Judy Korn

Mitbegründerin und Geschäftsführerin von Violence Prevention Network

16:00 – 16:20

Fazit und Verabschiedung

Roman Peperhove

Leiter Forschungsfürum Öffentliche Sicherheit, Freie Universität Berlin

1 Einleitung

Extremismus, Radikalisierung und Terrorismus sind zentrale Themen politischer Debatten und wissenschaftlicher Forschung, auch in der deutschen Sicherheitsforschung und Sicherheitspolitik. Es findet sich eine große Anzahl von Definitionen dieser Begriffe, bisweilen werden sie auch synonym verwendet, ohne eine weitere Differenzierung vorzunehmen.

Nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 stand für viele Jahre religiös geprägter Extremismus im Zentrum der Aufmerksamkeit. In den vergangenen Jahren wurde durch rechtsextremistische Anschläge, wie in Hanau mit 12 Toten, in Halle mit 2 Tote und mit dem Mord an dem Politiker Walter Lübcke, die Gefahr unterschiedlicher Extremismen noch einmal deutlich.

Der Workshop des Forschungsfürum Öffentliche Sicherheit strebte an, einen Überblick über die Themenfelder Extremismus und Gewalt zu bieten und ging der Frage nach, wo Extremismus sichtbar wird und wie Politik, Gesellschaft und Wissenschaft Extremismus und Gewalt begegnen können.

Prof. Christopher Daase skizzierte in seinem Vortrag zu Transformationen politischer Gewalt Herausforderungen für die Sicherheitspolitik, die Komplexität von Extremismus und die Dynamik von Radikalisierung. Er machte zudem Aspekte aus, die für eine präventionsorientierte Sicherheitspolitik besonders relevant sind.

Im Rahmen einer Paneldiskussion mit Bundespolitiker:innen des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, wurde von persönlichen Erfahrungen mit extremistischen Inhalten berichtet und diskutiert, welche Ursachen und Lösungen es für Radikalisierungsprozesse in der Gesellschaft geben könnte.

Im Impulsblock zeigte Dr. Bernd Zywiets Beispiele extremistischer Online-Propaganda und diskutierte Erscheinungsformen und Herausforderungen. Dr. Uwe Kemmesies problematisierte aktuelle Herausforderungen in der Extremismusforschung und stellte einen Ansatz zum Monitoring in der Radikalisierungsforschung im Spitzenforschungscluster MOTRA vor. Unter dem Titel „Beleidigt und bedroht. Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von Ratsmitgliedern in Deutschland“ wurde von Frau Jana Faus eine aktuelle Studie zu Gewalterfahrungen von Politiker:innen auf kommunaler Ebene vorgestellt, die die besonderen Arbeitsbedingungen von Kommunalpolitiker:innen und fehlende Hilfsstrukturen behandelte.

Während der Mittagspause präsentierte Hagen Tischer den Teilnehmenden das aktuelle Szenario „Extremismus und Gewalt“ im Zukunftslabor Sicherheit (www.zukunftslabor-sicherheit.de) und stellte Forschungsprojekte aus diesem Themenkomplex vor.

Nach der Mittagspause wurden die drei Themen der Impulsvorträge in Kleingruppen umfassend diskutiert und Empfehlungen an die Bundespolitik erarbeitet.

Die Veranstaltung schloss mit einer Paneldiskussion mit der Bundestagsabgeordneten Daniela Kolbe (SPD) und der Geschäftsführerin vom Violence Prevention Network, Judy Korn. Schwerpunkt waren Möglichkeiten und Grenzen der politischen Bildung und der aktiven Deradikalisierungsarbeit.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Roman Peperhove, Leiter des Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.

Im Folgenden werden die Impulsvorträge und Paneldiskussionen in verkürzter und zusammengefasster Form wiedergegeben.

2 Transformationen politischer Gewalt – Herausforderungen für die Sicherheitspolitik

Prof. Dr. Christopher Daase, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Krieg als Konzept hat immer wieder Veränderungen erfahren. So gab es Diskussionen um „neue Kriege“ als ethnisch konnotierte Bürgerkriege und im Nachgang der Anschläge von 9/11 veränderte der transnationale Terrorismus das Erscheinungsbild politischer Gewalt. Auch dieses Phänomen, der „neue Terrorismus“, wurde allerdings durch neue Erscheinungen, wie den Islamischen Staat, abgelöst, der territorial und extraterritorial agierte. Der Ukraine-Konflikt zeigte wiederum, dass auch zwischenstaatliche Kriege nicht der Vergangenheit angehören – wenn auch sie heute in abgewandelter Form stattfinden. „Neues“, so Prof. Daase, hat in der Kriegsführung somit eine kurze Halbwertszeit.

Solche internationalen Entwicklungen haben auch Auswirkungen auf Deutschland. Daher stehen die Begriffe Radikalisierung und Extremismus im Zentrum der sicherheitspolitischen Debatte. Im rechten, linken und religiösen Spektrum zeigen sich immer extremere Positionen, die die Institutionen demokratischer Staaten in Frage stellen und Gewalt legitimieren.

Der Extremismusbegriff beschreibt dabei einen Zustand. Ein Mensch ist extremistisch oder nicht. Das ist hilfreich, um Grenzen zu ziehen zwischen Akzeptablem und nicht Akzeptablem, Legalem und Illegalem. Der Begriff versagt Prof. Daase zufolge aber bei der Erklärung, warum Menschen extremistisch werden. Der Prozessbegriff der Radikalisierung ist hierfür sinnvoller. Er beschreibt eine Entwicklung, bei der die Bereitschaft zunehmend wächst, die Institutionen der politischen Ordnung anzugreifen. So ist Radikalisierung dynamisch und damit auch umkehrbar.

Radikalisierung beinhaltet ideelle und performative Aspekte. Man kann radikal reden und radikal handeln; unabhängig voneinander, aber auch zusammenhängend. Nur den Aspekt der Gewalt in den Fokus zu nehmen, ist sicherheitspolitisch verfehlt. Gewalt als Abgrenzungskriterium übersieht die Prozesse vor einer möglichen Gewaltanwendung. Ein weit gefasster Radikalisierungsbegriff ist daher sinnvoll.

Diesen Prozesscharakter zu berücksichtigen ist umso wichtiger, da aktuelle Bedrohungen (z. B. Terrorismus und Klimawandel) keine klaren Bedrohungen, sondern Risiken sind, die es einzuschätzen gilt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit für eine proaktive und keine reaktive Sicherheitspolitik. Auch im Kontext von Radikalisierung und Extremismus muss das Vorher politischer Gewalttaten genauer betrachtet werden: Nicht nur polizeilich ahnden, sondern verhindern.

Dabei muss jedoch die ganze Bandbreite von Maßnahmen in den Blick genommen werden. Denn Prävention ist keine Alternative zu klassischen Sicherheitsmaßnahmen. Eine Bewertung der Wirkung der Maßnahmen sollte nicht innerhalb der Pole repressiv und präventiv erfolgen, stattdessen sollte zwischen reaktiv und proaktiv unterschieden werden.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung von Radikalisierung und Extremismus verlaufen häufig quer zu Themen und Zuständigkeiten. Etablierte Abläufe in der Politik geraten so an Grenzen. Die Politik muss sich, so Prof. Daase, angesichts der Bedrohung durch Extremismus und Radikalisierung neu aufstellen und vier zentrale Probleme angehen.

Erstens das Problem institutioneller Kooperation: Ein Dauerthema der Sicherheitspolitik, das dadurch verschärft wird, dass es sich bei Radikalisierung und Extremismus um transnationale Phänomene handelt. Auch Grenzen zwischen krimineller und militärischer Gewalt werden verwischt. Prävention reicht daher in diverse politische Felder hinein, wie Familienpolitik, Jugendpolitik etc. Gerade die Kooperation zwischen relevanten Ministerien und nachgeordneten Behörden ist eine große Herausforderung.

Zweitens das Phänomen der subjektiven Sicherheit: Extremismus und Radikalisierung beeinträchtigen vor allem die subjektive Sicherheit. Auch eine objektiv verbesserte Sicherheitslage kann zu einem subjektiv schlechteren Sicherheitsempfinden führen. Wer relative Sicherheit genießt, scheint nach maximaler Sicherheit zu streben. Diese Unerreichbarkeit führt wiederum zu Verunsicherung. Prof. Daase unterscheidet zwischen zwei Arten von Unsicherheitsgefühl. Zum einen ist es das Empfinden einer Gefahr für Leib und

Leben, Wohlstand und Freiheit, und zum anderen die Unsicherheit, mit der diese Gefahr wahrgenommen und abgeschlossen wird. Das Wissen darüber ist wichtig für die Beurteilung politischer Maßnahmen gegen Extremismus und Radikalisierung und deren (möglicher) Wirkungsweisen. Für eine Betrachtung von Maßnahmen gegen Radikalisierung und Extremismus müssen sowohl objektive als auch subjektive Sicherheit im Blick behalten werden.

Drittens das Problem der nicht intendierten Effekte proaktiver Sicherheitspolitik: Handlungen können Wirkungen haben, die nicht nur der Intention widersprechen, sondern diese auch konterkarieren. Maßnahmen gegen Radikalisierung können kurzfristig sogar zu einer verstärkten Radikalisierung führen. Warum das so ist und welche Sicherheitsmaßnahmen gesellschaftlich akzeptabel sind, das ist wissenschaftlich noch nicht ausreichend erforscht. Daher ist es wichtig, dass Sicherheitspolitik verstärkt auch auf die nicht intendierten Effekte schaut.

Viertens das Problem der Wirksamkeit: Sicherheitspolitik soll schützen. Was schützt wirklich? Wie wirksam sind proaktive oder reaktive Maßnahmen? Schon die Evaluation von Maßnahmen der klassischen Sicherheitspolitik ist äußerst komplex und schwierig aufgrund der zahlreichen Faktoren und Wechselwirkungen, die bei jeder Wirkungsanalyse bedacht werden müssen. Eine Evaluation von Präventionsmaßnahmen, bei denen es um das Nicht-stattfinden von Ereignissen geht, ist noch komplexer und nur bedingt möglich. Zusammenhänge lassen sich in der Regel nur durch Langzeitstudien mit sehr hohen Fallzahlen belegen, die in der Extremismusprävention nicht vorliegen. Es muss daher eine Einigung geben, was unter Wirkungen verstanden wird. Die Wirksamkeiten nur schwer zu belegen sind, darf nicht dazu führen, dass eine Maßnahme gegen eine andere ausgespielt wird.

Bislang ist es der Sicherheitspolitik noch nicht optimal gelungen, sich auf diese neuen Bedingungen komplexer Sicherheitsgefährdungen und somit auf das Problem von Extremismus und Radikalisierung einzustellen. Nach wie vor suggerieren die Entscheidungsträger:innen, sie könnten die Sicherheit garantieren, nach der eine zunehmend verunsicherte Gesellschaft verlangt. Nach wie vor ist aber auch die Gesellschaft nur zu gern bereit, die Verantwortung für Sicherheit dem Staat und seinen Institutionen zu überlassen und diese mit immer weiterreichenden Forderungen unter Druck zu setzen. Und nach wie vor verbreiten Wissenschaftler:innen die Vorstellungen, dass im Prinzip die technischen und politischen Risiken dieser Welt berechenbar und damit auch beherrschbar sind.

Die Sicherheitsgefährdung von Staat und Gesellschaft, so Prof. Daase, lässt sich nur in Grenzen berechnen und beherrschen. Das Kalkulieren von Risiken ist ein wichtiger Aspekt der Sicherheitspolitik, aber es bietet keine exakten Vorhersagen und vor allem bietet es keinen Ersatz für politische Entscheidungen darüber, welches Risiko mit welchem Mittel zu welchem Preis reduziert werden soll. Und schon gar nicht darüber, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen. Nach Prof. Daase sind dies zentrale Fragen, denen sich eine demokratische Sicherheitspolitik in einer offenen Debatte stellen muss, um langfristig gesellschaftlich akzeptable Entscheidungen treffen zu können.

3 Paneldiskussion: Die bundespolitische Perspektive auf Extremismus und Radikalisierung

Moderation:

Roman Peperhove (Forschungsforum Öffentliche Sicherheit)

Diskutanten:

- Susanne Mittag, MdB (SPD)
- Renate Künast, MdB (Bündnis 90 / Die Grünen)
- Konstantin Kuhle, MdB (FDP)
- Dr. André Hahn, MdB (Die Linke)
- Prof. Dr. Christopher Daase, Goethe-Universität Frankfurt

Extremismus und Radikalisierung sind Themen, die seit einiger Zeit bundespolitisch verstärkt im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Nicht nur aufgrund aktueller Ereignisse wie dem rechtsradikalen Anschlag in Hanau, der Ermordung Walter Lübckes, Pegida und den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen, sondern auch, weil immer mehr Politiker:innen auch persönlich und unmittelbar eine neue Form der Bedrohung erleben, Gewalterfahrungen machen, extremistischen Inhalten begegnen. So auch die anwesenden Panelteilnehmenden.

Gefahr für politisches Engagement

Dieses direkte Erleben findet auf unterschiedlichen Ebenen statt. Im Bundestag sowie in Landtagen haben Auseinandersetzungen durch eskalierende Reden der AfD eine neue Qualität erhalten. Auch die Zahl politisch motivierter Angriffe ist gestiegen. Darauf reagierte die Bundespolitik mit einer Verschärfung des Strafrechts zum Schutz von Kommunalpolitiker:innen. In den Kommunen sind die Angriffe oftmals persönlicherer Natur, sodass politische Angriffe auch außerhalb der Ausübung eines Amtes erfolgen, den Privatbereich betreffen. Sogar Polizeischutz ist mancherorts für Lokalpolitiker:innen erforderlich.

Als problematisch sind hierbei die Auswirkungen zu bewerten, die solche Vorgänge auf die Bereitschaft der Bürger haben, sich auf ein politisches (Ehren-)Amt zu bewerben und es auszuüben. Denn auch Personen, die bisher nicht Opfer politisch motivierter Übergriffe waren, haben Sorge, selbst davon betroffen zu sein. Vielerorts ist dadurch die Zahl der Kandidierenden stark zurückgegangen.

Argumentativ entgrenzte Kommunikation

Eine neue Form der Organisation rechter Netzwerke und argumentativ entgrenzter Kommunikationsstrategien werden als Treiber für die oben genannten Entwicklungen identifiziert. Parteien und Organisationen wie die AfD und Pegida nutzen die digitale Welt für ihre Zwecke und bauen dort ihr Netzwerk aus. Die Algorithmen der führenden Social Media Plattformen werden dabei eingesetzt, um strategisch Hate Speech und Fehlinformationen zu verbreiten.

Unabhängig vom Kommunikationskanal werden neue Strategien im politischen Diskurs eingesetzt, die alte Kommunikationsweisen unterminieren. So wird nicht in der Sache geantwortet, sondern die Art der Kommunikation des Gegenübers angegriffen. Zudem wird ein Narrativ etabliert, dass den Rechtsextremismusvorwurf nicht auf Inhalte, sondern auf die Tatsache des Anderer-Meinung-seins zurückführt. Der Diskurs wird von Inhalten zu Kommunikationsformen verschoben, vorher nicht Sagbares wird so sagbar. Jenen, die sich mit dieser Entwicklung beschäftigen, Politikern und Wissenschaftlern, wird schließlich von jenen, die erwähntes Narrativ aufbauen, Opportunismus vorgeworfen.

Von diesen Entwicklungen geht eine Gefahr für die Demokratie aus. Nicht nur aufgrund der bereits erwähnten geringeren Bereitschaft zur politischen Partizipation, sondern auch aufgrund von sich aus dem Narrativ ergebender Geringschätzung von politischen Institutionen. Die Unterminierung von gegebenen politischen Abläufen in einer Demokratie führt zu einer Verbreiterung des Grabens zwischen Institutionen und der Bevölkerung. Dies geht so weit, dass in bestimmten Bevölkerungsgruppen schon die Präsenz von Politik und Institutionen im öffentlichen Raum als Provokation wahrgenommen wird.

Prävention

Mit Hinblick auf die zunehmende Organisiertheit des rechten Lagers wird gefordert, bei Problematiken, wie zum Beispiel der Onlineradikalisierung, nicht erst aktiv zu werden, wenn sie sicherheitsrelevant sind. Die Entwicklung antidemokratischer Gedankengebäude muss mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog in der Prävention vorgebäugt werden. Dabei müssen Maßnahmen vom Staat aber auch der Zivilgesellschaft ergriffen werden. Eine Trennung beider ist kaum möglich, da beide Bereiche aufeinander aufbauen müssen.

Gesellschaftliches Engagement

Das Bökenförde-Diktum besagt: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Für eine grundsätzliche Radikalisierungsprävention muss die Demokratie gestärkt werden, sodass es eine engagierte Zivilgesellschaft gibt, die Radikalisierungsbestrebungen erkennt und ihnen schon an den Wurzeln entgegentritt. Die sich für Strukturen der Gewaltenteilung einsetzt und diese unterstützt.

Es gibt verschiedene Ebenen, auf denen diese Form der Prävention ansetzen kann. Allen voran ist es das persönliche Engagement, aber auch die Bildungsarbeit, die hier zum Einsatz kommen sollten. Eltern dürfen sich beispielsweise nicht nur auf Lehrer verlassen, wenn es darum geht, Stellung gegen Rechts zu beziehen. Stattdessen sollten sie selbst lebendiges, mutiges Vorbild sein und beobachtete Missstände direkt ansprechen.

NGOs haben essenziellen Anteil an der Ausbildung dieses gesellschaftlichen Engagements. Mit ihrer Bildungsarbeit vor Ort tragen sie zur Stärkung der Demokratie bei. Es wird jedoch angemerkt, dass viele dieser Einrichtungen allzu oft unter prekären finanziellen Umständen arbeiten müssen. Hieraus leitet sich ein direkter Auftrag an die Politik ab, NGOs eine verlässliche Finanzierung zu sichern und die Gründung solcher aktiver zu fördern.

Institutionelle Veränderungen

Neben einem lebendigen gesellschaftlichen Diskurs braucht es auch Maßnahmen der Politik bzw. des Staates, um Radikalisierung erfolgreich entgegenzutreten. Grundsätzlich wird hier eine breitere Debatte in der Politik gefordert, in der Missstände klar benannt werden. Rechtsextremistische Vorfälle dürfen nicht weiter als Einzelfälle betitelt werden, dies würde ihre strukturelle Natur verschweigen.

Zudem sieht man die Notwendigkeit, dass neue Gesetze auf den Weg gebracht werden müssen, um Veränderung herbeizuführen. So braucht es ein Demokratiefördergesetz, um jene bereits erwähnt prekäre finanzielle Lage der NGOs zu verbessern. Lediglich Strafen zu verschärfen und Befugnisse auszuweiten, wie im Falle der Vorratsdatenspeicherung, sei jedoch nicht zielführend, so die Teilnehmenden.

Um als Staat eine rote Linie aufzeigen zu können, müssen Sicherheitsbehörden angemessen aufgestellt sein und im richtigen Moment eingreifen können. Dafür ist es unerlässlich, Kooperationsstrukturen zu etablieren. Sowohl international, z. B. Europol, aber auch national. Es braucht den Austausch mit der Zivilgesellschaft, mit NGOs und Forscher:innen – die wissenschaftliche Expertise innerhalb der Sicherheitsbehörden muss aktuell sein –, um Strukturen innerhalb des rechten Spektrums frühzeitig erkennen zu können. Institutionen sollten sich als nicht abgeschlossen, sondern als in einen gewinnbringenden Prozess eingebettet begreifen. Auch wird hier die Forderung laut, den Föderalismus hinsichtlich der inneren Sicherheit zu reformieren. 16 Ämter für Verfassungsschutz erschweren eine flexible Reaktion auf neueste Entwicklungen. Die Kompetenzen müssen klar verteilt sein.

Viele der Verschwörungsideologien verbreitenden Netzwerke sind international vernetzt und in digitalen Räumen präsent. Das macht es unerlässlich, auch Ausbildung und Weiterbildung von Polizei und Staatsanwaltschaft an diese Entwicklung anzupassen. Damit einhergehen müssen Behörden technisch neu ausgestattet und auf den neuesten Stand der Digitalisierung gebracht werden.

Themen, die nach Anpassung der institutionellen Strukturen als besonders drängend angesehen werden, sind die Radikalisierungsprävention in Gefängnissen, die Erforschung der Rolle von Stadtteilen für die Radikalisierung, Radikalisierungsmechanismen im Internet und die Aufarbeitung der Finanzierungen rechter Netzwerke wie Pegida und QAnon.

Radikalität

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass nicht jede hitzig geführte Diskussion ein Sicherheitsproblem darstellt. Radikalität ist nicht per se problematisch. Gesellschaften brauchen Radikalität vielmehr, um innovativ und flexibel zu sein. Es ist wichtig hier eine Differenzierung vorzunehmen. Hate Speech stellt keine radikale Meinung oder Überzeugung dar, sondern ist persönliche abwertend, während Radikalität im bereichernden Sinne den öffentlichen Diskurs anregt und individuelle und kollektive Entwicklung fördert.

4 Impulsvorträge

4.1 Extremistische Online-Propaganda: Erscheinungsformen und Herausforderungen

Dr. Bernd Zywiets, *Leiter Bereich „Politischer Extremismus“*

Im Jugendmedienschutz werden zwei Arten von Inhalten unterschieden: unzulässige Angebote, wie z. B. Volksverhetzung und Propaganda verbotener Organisationen und entwicklungsbeeinträchtigende Angebote. Aus diesem Rahmen ergeben sich einige Herausforderungen. Besonders die Abgrenzung bestimmter Begriffe, aber auch die Bestimmung unterschiedlicher Phänomene ist nicht immer eindeutig.

Ganz grundlegend ist es erforderlich, eine Unterscheidung vorzunehmen zwischen Volksverhetzung und Hass bzw. Hassrede. Obwohl diese Begrifflichkeiten eine große Rolle in der Gesellschaft spielen, sind sie nur vage definiert. Zudem ist festzustellen, dass nicht jedes jugendgefährdende Angebot extremistisch ist, und gleichzeitig nicht jedes propagandistische Angebot jugendgefährdend. Wobei auch bei diesen beiden Begriffen, Extremismus und Online-Propaganda, eine Differenzierung vorzunehmen ist.

Die Auseinandersetzung mit dem Phänomen Propaganda hat eine lange wissenschaftliche Tradition. Hier sind etablierte Modellierungen vorhanden, die Propaganda in ihrer klassischen Form beschreiben. So wird Propaganda als eine Form der Top-Down-Manipulation betrachtet. Sie wird assoziiert mit dem Einsatz von Massenmedien, die in Richtung eines passiven Publikums Lügen und Irrationalitäten kommunizieren und so einen Stimulus-Response-Prozess auslösen.

Auch bei Online-Propaganda können Mechanismen der klassischen Propaganda beobachtet werden. Botschaften werden von oben nach unten von ideologischen Führer:innen durchgereicht. Das Publikum ist jedoch sehr viel partizipativer und auch expressiv, sodass sich das Top-Down in ein Bottom-Up-Modell wandeln kann. Über alternative Medien und auf Plattformen wird interaktiver und individualisierter agiert, werden Informationen weitergereicht. Bis vor Kurzem waren auf YouTube beispielsweise noch rechtsextreme und nationalistische Spielfilme zu sehen. Diese Inhalte, die auch in webkulturellen Formen und Formaten auftreten und ausgetauscht werden können (z. B. Memes), werden mithilfe der Möglichkeiten des Internets (z. B. Social Bots) verbreitet. Gerade auch auf Social-Media-Plattformen werden über Inhalte auch Gemeinschaften gebildet und nach außen dargestellt.

Die Herausforderung dieser spezifischen Form der Propaganda liegt in den Folgen und Phänomenen, die sich aus Grenzverwischungen und Verunklarungen ergeben. So sind, wie bereits erwähnt, Akteursrollen nicht mehr klar abgrenzbar, Sender:innen können zu Empfänger:innen werden und umgekehrt. Akteur:innen treten als Kritiker:innen auf, präsentieren sich als Investigativjournalist:innen und betreiben Scheinaufklärung. Mithilfe von zur Schau gestellter Ironie werden Protagonist:innen außerdem weniger angreifbar. Grenzziehungen gestalten sich somit immer schwieriger: Was ist noch legitimer Aktivismus und wo muss eingeschritten werden, weil es sich um Extremismus handelt?

Kontakt: Dr. Bernd Zywiets, *Leiter Bereich „Politischer Extremismus“*, www.jugendschutz.net

4.2 Monitoring in der Radikalisierungsforschung – Paradoxe Verhältnisse von möglichem und gewolltem Wissen

Dr. Uwe Kemmesies, *Koordinator Spitzenforschungscluster MOTRA*

Welche präventiven Maßnahmen sind dazu geeignet, Radikalisierung zu verhindern? Diese Frage steht im Zentrum der Radikalisierungsforschung. Um sie beantworten zu können, braucht es Wissen. Wissen, das aufgrund der Eigenheiten dieses Forschungsbereiches nur schwer erfasst und strukturiert werden kann. Radikalisierung ist multifaktoriell bedingt, sowohl die Lebensumstände betroffener Personen und ideologische Deutungsrahmen als auch das gesellschaftliche und kulturelle Umfeld sind bei der Erforschung zu berücksichtigen. Die Radikalisierungsforschung hat somit hochgradig interdisziplinär zu arbeiten. Daraus und aus den Realitäten des Forschungsalltags ergeben sich Paradoxien, die den notwendigen Wissenszuwachs jedoch behindern.

So stehen universitäre, unabhängige Forschungseinrichtungen den Sicherheitsbehörden gegenüber. Während Erstere über das notwendige multidisziplinäre Wissen zur Verwertung von Daten verfügen, liegen diese Datenbestände bei Letzteren, die wiederum nur begrenzte wissenschaftliche Kapazitäten haben. Es handelt sich um ein strukturelles Paradox, dass gemeinsam mit einem methodologischen Paradox – die ungleiche Verteilung von Methodenwissen und breitem, detailliertem Phänomenwissen – den großen Bereich des analytischen Paradox vermessen.

Das Transparenz-Paradox betrifft die Daten, mit welchen gearbeitet wird. In der Politik ist es notwendig, dass Sicherheitspolitik evidenzbasiert ist, sodass diese glaubwürdig kommuniziert werden kann. Daten müssen verlässlich und transparent sein. Gleichzeitig betreffen sie sensible Kriminalitätsfelder, mit denen Länder und Städte zumindest nicht öffentlich in Verbindung gebracht werden wollen. Datenzugänge werden erschwert. Die wissenschaftliche Transparenz leidet gleichermaßen unter einer eingeschränkten Bereitschaft, Erkenntnisse und Datensätze mit anderen Wissenschaftler:innen zu teilen. Grund hierfür ist die Konkurrenz um Fördermittel und Anerkennung, was besonders bei einem jungen Forschungsfeld, das noch nicht strukturiert ist, zum Tragen kommt.

Das Interessen-Paradox folgt einer ähnlichen Dynamik. Die offene Kommunikation von Ergebnissen kann in der Politik einen Interessenskonflikt auslösen zwischen Transparenz und dem Willen, die Wirtschaft, z. B. den Tourismus, zu schützen. In der Wissenschaft steht ein potentieller Erkenntnismehrwert den bereits erwähnten Sorgen gegenüber. Hinter dem Deutungshoheit-Paradox versteckt sich das bewusste Hervorheben bestimmter Informationen, um in der Wissenschaft auf bestimmte Fördertöpfe zuzugreifen und um in der Politik Wählerstimmen zu gewinnen. All das steht ebenfalls einer ergebnisoffenen Weitergabe der Erkenntnisse aus der Radikalisierungsforschung im Wege.

Auch wenn die Radikalisierungsforschung ein recht junges Forschungsfeld ist und somit viel Erkenntnispotenzial verspricht, gibt es schon Teilbereiche, in denen von Überforschung gesprochen werden kann, beispielsweise im Schul-, Justiz- und Ausstiegshilfebereich. Diese Überforschung blockiert durch ihre Bindung von Zeit und Ressourcen die weitere Erforschung und Wissenszuwachs von und hinsichtlich anderer Teilbereiche. Vor dem Hintergrund, dass verhältnismäßig viele Mittel in der Radikalisierungsforschung einem

teilweise geringen Erkenntnisgewinn gegenüberstehen, kann hier von einem Verhältnismäßigkeit-Paradox gesprochen werden.

Für eine nachhaltige und erfolgreiche Radikalisierungsforschung ist es also unerlässlich, die Forschungskultur auf diesem Feld zu verändern und zu verbessern. Um breites fundiertes Wissen zu schaffen, muss die Kooperation innerhalb der Wissenschaft vertieft werden, Konkurrenz um Mittel muss zurückgestellt werden. Nur so kann sich einer evidenzbasierten Sicherheitspolitik jenseits eines interessengesteuerten Ringens um Deutungshoheit angenähert, nur so können Paradoxien aufgelöst und Erkenntnisgewinn gesteigert werden. Umfangreicher Austausch macht schließlich eine gezielte Prävention, eine gezielte Steuerung der begrenzten Ressourcen möglich.

Kontakt: Dr. Uwe Kemmesies, Koordinator Spitzenforschungscluster MOTRA, Leiter der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamts, www.motra.info

4.3 Beleidigt und bedroht. Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von Ratsmitgliedern in Deutschland

Jana Faus, Geschäftsführerin pollytix strategic research GmbH

In Deutschland gibt es ca. 190.000 Politiker:innen auf Kommunalebene. Sie befinden sich an der Transmissionslinie zwischen Gesellschaft und Politik und besitzen damit eine hohe Relevanz für die Demokratie. Dabei arbeiten sie unter besonderen Bedingungen, die das politische Ehrenamt nicht nur zu einer Herausforderung werden lassen können, sondern mitunter sogar in Beleidigungen, Bedrohungen und Gewalterfahrungen münden.

Kommunalpolitik zeichnet sich besonders durch ihre Nahbarkeit aus. Im Gegensatz zur Berufspolitik wird Politik „am Küchentisch“ betrieben. Neben dieser Vermischung von Privatraum und Ehrenamt bei gleichzeitiger öffentlicher Sichtbarkeit ist die Ratsarbeit für die Engagierten oftmals zeitaufwendig, konfliktbehaftet und erfährt parteipolitische Durchdringung. Daraus folgt bisweilen eine generalisierte Zuordnung der Engagierten zu einer politischen Klasse. Diese Eigenarten des Ehrenamts sind für neue Kommunalpolitiker:innen oft eine Überraschung, findet doch zuvor keine hinlängliche Aufklärung statt. Besonders das mögliche Erleben von Gewalt als Folge des Engagements wird vor Amtsübernahme aus Sorge, Interessierte abzuschrecken, häufig nicht kommuniziert.

Beleidigungen sind oft Folge besonders emotional aufgeladener Debatten, wie z. B. aufgrund des Baus von Windkraftanlagen oder der Aufnahme von Flüchtlingen, und haben die individuelle Abwertung der Person zum Ziel. Auch in Wahlkampfzeiten treten sie verstärkt auf und richten sich dann vor allem gegen „die“ Politik, Kommunalpolitiker:innen werden hierbei als Stellvertreter:innen der politischen Klasse wahrgenommen. Beleidigungen erfolgen zunehmend auch innerhalb der Gemeinderäte, durch Zugehörige anderer Parteien, der Opposition, aber auch aus den eigenen Reihen.

Bedrohungen, zumeist Gewalt- und Todesandrohungen, erreichen Kommunalpolitiker:innen weniger häufig. Meist sind sie anonym und nicht justiziabel. Von tätlichen Übergriffen wird am wenigsten berichtet, diese haben jedoch die größten Auswirkungen, indem sie unmittelbare Verhaltensänderungen zur Folge haben,

wie einen Rückzug aus der Politik oder das Vermeiden politischer Äußerungen. Frauen werden häufiger und gezielt als Frauen angegriffen, zum Beispiel durch sexualisierte verbale Gewalt.

Im Umgang mit Gewalterfahrungen wenden Kommunalpolitiker:innen unterschiedliche Strategien an. Zumeist handelt es sich um einen individuellen Ansatz. Die Betroffenen versuchen das Problem selbst zu lösen, das Umfeld bleibt unwissend. Seltener findet eine Adressierung der Öffentlichkeit statt, auch weil die eigene Person dadurch sichtbarer würde. Und auch institutionelle Ansätze, die den Ortsverband oder die Fraktion miteinbeziehen, werden weniger oft herangezogen. Zum einen, weil ein Rahmen zum Austausch diesbezüglich fehlt, zum anderen, weil es erfahrungsgemäß an einer Solidarisierung mit Betroffenen mangelte. Hinsichtlich justiziabler Ansätze besteht große Verunsicherung, welche Gewalterfahrungen zur Anzeige gebracht werden können.

Für einen angemessenen Umgang mit Gewalterfahrungen auf kommunaler Ebene braucht es ein umfassendes Maßnahmenpaket, das die Aufwertung des Amtes und die Bedeutung der kommunalpolitischen Ebene für die Demokratie ins Zentrum rückt. Konkrete Lösungsansätze können beinhalten: Strukturen schaffen, um einen offenen, nicht individualisierten Umgang mit Gewalterfahrung zu ermöglichen, Trennung von Politischem und Privatem, geschlossenes Auftreten des Gemeinderates, Unterstützung der kommunalen Ebene durch die Landesregierung uvm.

Kontakt: Jana Faus, Geschäftsführerin pollytix strategic research GmbH, www.pollytix.de

5 Führung im Zukunftslabor Sicherheit

Das Zukunftslabor Sicherheit (www.zukunftslabor-sicherheit.de) ist Teil des Forschungsforum Öffentliche Sicherheit und präsentiert themenorientiert Forschungsprojekte und -ergebnisse aus der zivilen Sicherheitsforschung.

5.1 Szenario „Extremismus und Gewalt“

Im Szenario Extremismus und Gewalt liegt der Fokus zu Beginn auf dem Thema Prävention von Radikalisierung im Internet (Projekte PRÄDISIKO, PANDORA und VideoStar). Zur Veranschaulichung wird die Radikalisierung zweier Jugendlicher nachgezeichnet. Sie fühlen sich missverstanden und wenig wertgeschätzt und vertiefen sich zunehmend in islamistischen Videobotschaften des Islamischen Staates (Dschihadismus im Internet). Angetrieben durch diese Propaganda entschließen sich die beiden, einen Terroranschlag im Stadtzentrum ihrer Heimatstadt zu verüben. Bei der Platzierung der Sprengvorrichtung werden sie jedoch von Passanten beobachtet, die umgehend die Polizei verständigen.

Mittels zweier Softwarelösungen (Projekt USBV-Inspektor und SUSQRA), die den Sicherheitskräften zur Verfügung stehen, gelingt die Entschärfung der Unkonventionellen Spreng- oder Brandvorrichtung (USBV), so dass das Ziel der Attentäter verfehlt wird. Im Nachgang rekonstruieren die Sicherheitsbehörden mittels einer Ton- und Videoanalysesoftware (Projekt Florida) die Situation und die Platzierung der Sprengvorrichtung. So können die Attentäter identifizieren und gefasst werden.

5.2 Im Szenario „Extremismus und Gewalt“ integrierte Forschungsprojekte

- PRÄDISIKO – Präventive digitale Sicherheitskommunikation – ein innovativer Ansatz für Kriminalprävention in sozialen Online-Medien: Im Projekt PRÄDISIKO wird eine Kommunikationsplattform entwickelt, mit der die Polizei Botschaften zur Kriminalprävention über soziale Onlinemedien verbreiten kann. So können internetaffine Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch Jugendliche und Heranwachsende, gezielt über ein ihnen vertrautes Medium angesprochen werden. Zudem wird untersucht, welche Botschaften und Vermittlungsarten zur Prävention von Straftaten am besten geeignet sind. Dies können interaktive Inhalte und Filmsequenzen sein. Gleichzeitig finden ökonomische Analysen statt, die verschiedene Formen der Kriminalprävention hinsichtlich eines Wirksamkeits-Kosten-Verhältnisses bewerten.
- PANDORA – Propaganda, Mobilisierung und Radikalisierung zur Gewalt in der virtuellen und realen Welt: PANDORA untersucht, welche extremistischen Vorstellungen sowie Symboliken im Internet und sozialen Medien verwendet werden und wie diese zu Radikalisierungen beitragen. Gleichzeitig soll analysiert werden, inwieweit sich Diskurse und Propaganda des rechten und islamistischen Spektrums ähneln. Mit Fallstudien in der rechtsextremen sowie der salafistisch/dschihadistischen Szene wird untersucht, welche Effekte Internetpropaganda auf Radikalisierung und Gewaltanwendungen in der realen Welt haben. Dabei werden aktuelle Gewaltereignisse und die zugehörigen Diskussionen in den sozialen Medien kartographiert und dem jeweiligen extremistischen Milieu zugeordnet, um die Interaktion zwischen Internetpropaganda und der realen Welt zu dokumentieren.
- VideoStar – Videobasierte Strategien gegen Radikalisierung: Im Projekt VIDEOSTAR werden Radikalisierungsnarrative im islamistischen und im rechtsextremistischen / -populistischen Phänomenbereich in der Phase der Frühradikalisierung analysiert. Von Interesse sind die extremistischen Inhalte und deren Präsentation in den sozialen Medien, insbesondere in YouTube-Videos. Basierend auf dieser Analyse will das Projekt passende Gegennarrative bzw. alternative Narrative entwickeln, die junge Menschen ansprechen.
- Dschihadismus im Internet (Dil): Das Projekt Dil erforscht Inhalte und Gestaltung dschihadistischer Propaganda-Videos im Internet sowie deren Wirkung auf die Zuschauer. Analysiert werden zum Beispiel Ähnlichkeiten zu anderen jugendtypischen Medienformaten und dramaturgische Besonderheiten. Durch Interviews mit Konsumenten werden Beiträge in sozialen Netzwerken detailliert ausgewertet, um die Wirkung der Video-Botschaften zu entschlüsseln. Zudem wird eine Online-Plattform zur Analyse dschihadistischer Video-Botschaften entwickelt, die als Informationsquelle insbesondere für Politik, Behörden, Bildungs- und Präventionsinitiativen genutzt werden kann
- USBV-Inspektor – Multimodale Sensor-Suite zur Unterstützung der USBV-Entschärfung und Beweissicherung: Das Vorhaben beschäftigt sich mit der Erforschung und Entwicklung eines multimodalen Sensorsystems (Sensor-Suite), bestehend aus einem Millimeterwellenscanner, einer 3D-Umgebungserfassung sowie einer hochauflösenden digitalen Kamera. Diese werden in einem Gehäuse integriert und auf einer ferngelenkten Roboterplattform montiert. Dabei dient der Millimeterwellenscanner zur Durchleuchtung und Abbildung des Gepäcksinneren. Die Umgebungserfassung und die Kamera werden zur Aufklärung und digitalen Sicherung von Beweisen

am Tatort sowie zur Tatortvermessung verwandt. Die Daten werden miteinander verknüpft, visualisiert und für die spätere juristische Bewertung gesichert.

- FLORIDA – Florida, teilautomatisiertes Analysesystem zur Auswertung von Videomassendaten: Das deutsche-österreichische Kooperationsprojekt wird ein System zur visuellen und auditiven Analyse von Bild- und Videomassendaten erarbeiten. Der deutsche Teil des Projektes wird sich dabei auf die Bild- und Videoauswertung konzentrieren. Im Projekt werden neue Verfahren zur zeitlich-räumlichen Referenzierung der vorhandenen Videos untersucht. Darauf aufbauend sollen Möglichkeiten einer drei-dimensionalen Rekonstruktion der Szene und der automatischen Detektion von frei zu definierenden Objekten untersucht werden. Die ethischen und rechtlichen Untersuchungen befassen sich mit der rechts-konformen, beweissicheren und ethisch vertretbaren Erhebung, Verarbeitung und Analyse der Bild- und Videomassendaten.
- SUSQRA – Schutz vor unkonventionellen Sprengvorrichtungen – Charakterisierung und quantitative Risikoanalyse: Ziel des Projekts SUSQRA ist es, ein Expertensystem zu entwickeln, mit dem das zu erwartende Schadensausmaß von unkonventionellen Sprengvorrichtungen quantitativ ermittelt werden kann. Die Software soll für unterschiedlichste Klassen von Sprengsätzen mit beliebigen Geometrien einsetzbar sein und insbesondere die Wirkung von Splintern detailgetreu berücksichtigen. Dazu werden numerische und analytische Berechnungsmethoden erarbeitet und mit experimentell ermittelten Schadensbildern abgeglichen. Zudem ist die Realisierung eines Analyse-Tools vorgesehen, mit dem die forensische Bewertung nach einem Ereignis effektiv unterstützt werden kann.

6 Kleingruppendiskussionen

Die zuvor in den Impulsvorträgen aufgeworfenen Fragen und Aspekte wurden in moderierten Kleingruppen mit den teilnehmenden Expert:innen vertieft diskutiert.

6.1 Extremistische Online-Inhalte

Moderation: *Jasmina Schmidt, AG Interdisziplinäre Sicherheitsforschung, FU Berlin*

Der Umgang mit der Grauzone zwischen legal und illegal in Online-Netzwerken wurde von den Diskussionsteilnehmer:innen aus Forschung, Praxis, Kultur, öffentlicher Verwaltung und Sicherheitsbehörden als große Herausforderung bewertet. Vor allem die Anonymität der Online-Netzwerke und die damit verbundene schwierige Nachverfolgung sind problematisch. Sie sind oftmals für die Konsequenzlosigkeit illegaler Onlineaktivitäten verantwortlich und dafür, dass es zu keiner Strafverfolgung kommt.

Auch in Bezug auf Überwachungsmöglichkeiten stellt die Verschiebung des Raums, in dem radikale Äußerungen und das Verbreiten ebensolcher Inhalte stattfindet, eine Herausforderung dar. Jedoch wurde angemerkt, dass Verbreitungswege auch, wie im Fall des sogenannten Islamischen Staats (IS), der hierarchisch strukturiert ist, gut nachvollzogen werden können. Außerdem haben viele große Online-Netzwerke wie Twitter, YouTube und Telegramm deutliche Fortschritte in ihrer Regulierung von Inhalten gemacht und so zur Eingrenzung der Weiterverbreitungsmöglichkeiten beigetragen.

Auch Übernahmestrategien von Themen können beobachtet werden, beispielsweise auch anhand der extremistischen Entwicklungen in Hinblick auf Corona und der entsprechenden gesetzlichen Regelungen. Grundsätzlich ist die Beanspruchung von Themen für die eigene Sache ein verbreiteter Mechanismus. Themen der gesellschaftlichen Mitte werden genutzt, um die eigene Reichweite zu vergrößern und extremistische Themen gesellschaftsfähig zu machen, wie es beispielsweise auch in der Corona Protest Szene der Fall ist.

Gegenüber solchen Instrumentalisierungen hat sich die Wahrnehmung in den letzten Jahren flächendeckend geschärft. Dennoch wurde festgestellt, dass die Übernahme von Themen auch immer eine Art Präzedenzfall darstellt. Neue Räume werden ausgetestet auch ohne breite Akzeptanz. Dies spiegelt sich auch in der Polarisierung der Debattenkultur wider.

6.2 Extremismus und Empirie

Moderation: *Miriam Nagels, AG Interdisziplinäre Sicherheitsforschung, FU Berlin*

Die Empirie spielt eine wichtige Rolle im Umgang mit Extremismus. Die Diskussionsteilnehmer:innen aus Forschung, Praxis, Kultur, öffentlicher Verwaltung und Sicherheitsbehörden stellten fest, dass mit Hinblick auf Grundlagenforschung die zu frühe Einbeziehung der Praxis oftmals problematisch ist. Genauso wie die Vermischung verschiedener Forschungsfelder. Dies ist teilweise auf die Ökonomisierung der Forschung zurück zu führen, aber auch auf die Politisierung des Feldes. Eine positive Entwicklung stellt gleichzeitig die Hinwendung zur Ursachenforschung dar, z. B. von der Betrachtung eines psychisch kranken Täters hin zur Suche nach den Ursachen der Erkrankung.

Die spärliche Datenlage in der Forschung hat oftmals zur Folge, dass Einzelfälle verallgemeinert werden, das Erfassungsinstrument politisch motivierter Straftaten liefert jedoch hinreichende Ergebnisse. Auch autonome Entscheidungssysteme sind kritisch zu sehen, da sich diese den klassischen empirischen Sozialwissenschaften entziehen.

Die Datenlage hängt außerdem stark vom politischen und öffentlichen Interesse ab. Gleichzeitig können rechtsstaatliche Einschränkungen die Datenlage jedoch weiter verringern (z. B. Persönlichkeitsschutz). Die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen zu Extremisten erfolgt beispielsweise nur zurückhaltend. Auch offen zur Verfügung stehende Daten können aber einen differenzierten Einblick ermöglichen, nicht immer braucht es die der Sicherheitsbehörden.

Für die Zukunft besteht der Wunsch nach mehr Transparenz in den Auswahlkriterien für Forschungsvorhaben durch die Sicherheitsbehörden/Ministerien, mehr Selbstbewusstsein der Forschung gegenüber Medien, einer gemeinsamen Datenbank für Forschende mit Inhalten auch aus öffentlich zugänglichen Quellen (siehe USA). Hier können jedoch eine mangelhafte Qualität der Daten und auch das Aufnehmen personenbezogener Daten ein Hindernis darstellen. Dass Forschung weiterhin stark von Drittmitteln abhängig ist, wird auch in Zukunft zu fehlender Grundlagenforschung führen.

6.3 Kommunalpolitik und Gewalterfahrung

Moderation: *Alina Winter, AG Interdisziplinäre Sicherheitsforschung, FU Berlin*

Die Gruppe diskutierte zunächst die Größe der Problematik bezüglich der Gewalterfahrung in der Kommunalpolitik. Die zahlenmäßige Dimension ist dabei nicht derart von Bedeutung, sondern die Relevanz. Die unterschiedlichen Formen von Gewalt anzuerkennen ist ebenfalls wichtig, denn jeder und jede Betroffene:r erlebt Gewalt verschieden. Eine AFD-Politikerin berichtet beispielsweise von sozialer Ausgrenzung, die sich für sie in einem verwehrten Handschlag äußerte, und eine selbstständige Unternehmerin berichtet von weggefallenden Aufträgen.

Arbeitsbedingungen, eine geringere Wertschätzung und dass es sich bei Kommunalpolitiker:innen ja “nur“ um ehrenamtlich Arbeitende handelt, die Politik als Hobby betreiben, spielt als Rahmenbedingung eine Rolle. Hinzu kommt, dass der Rechtsschutz noch nicht flächendeckend wie in anderen Bereichen der Gesellschaft vorhanden ist und dass 16 unterschiedliche Kommunalverfassungen existieren. Die Teilnehmenden sprachen über die notwendige Sensibilisierung bezüglich stattfindender Gewalt gegen kommunale Vertreter:innen, wobei ein Teilnehmer den teilweise rauen Ton unter männlichen Vertretern anmerkte. Zudem ist Sensibilisierung, zum Erkennen und Deuten von Gewalt, auch bei Polizist:innen, denen die Strafverfolgung dieser Fälle obliegt, notwendig.

Verschiedene Maßnahmen können ergriffen werden, um der Gewalt entgegenzuwirken. Es gibt bereits Leitfäden, Entscheidungsbäume und weitere Hilfsmaßnahmen wie Workshopformate. Eine zusätzliche Maßnahme wäre, zeitliche Räume in Ratssitzungen zu schaffen, um die Thematik aufzugreifen. Zudem “verschwimmen“ im kommunalen Bereich die Grenzen zwischen politischem Amt und Privatmensch mehr als auf Länder- oder Bundesebenen. Hier wären z. B. eine klare Trennung von privaten und Partei E-Mail-Adressen oder das Kenntlichmachen von ladungsfähigen Adressen bei Anzeigen über die Online-Wache (Beispiel Berlin) niedrigschwellige Maßnahmen.

Für den Fall Walter Lübcke und in Bezug auf eine mögliche „Verrohung der Gesellschaft“ sind zudem soziale Medien wie Facebook oder Twitter von Bedeutung. Durch diese Plattformen wird die Reichweite des Gesagten größer. Außerdem ermöglichen soziale Medien eine bessere Vernetzung und Organisation der radikalen Szene. Grundsätzlich wird die Frage an die Forschung gerichtet, ob der Ton im politischen Diskurs rauer geworden ist und ob die wahrgenommene „Verrohung der Gesellschaft“ eine tatsächliche ist.

7 Paneldiskussion: Prävention von Extremismus und Gewalt

Moderation:

Roman Peperhove (Forschungsfür Öffentliche Sicherheit)

Diskutanten:

- **Daniela Kolbe**, MdB (SPD)
stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung
- **Judy Korn**
Mitbegründerin und Geschäftsführerin von Violence Prevention Network

Die Extremismus- und Gewaltprävention in Deutschland ist im europäischen Vergleich grundsätzlich positiv zu bewerten. Es existieren eine diverse Trägerlandschaft und lang gewachsene Kooperationen zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen. Der Föderalismus ist mitverantwortlich für diese Bandbreite an Projekten und Akteuren. Die Geschwindigkeit, mit der sich extremistische Szenen wandeln, online wie offline, stellen die Politik und Akteure der Prävention jedoch vor Herausforderungen. Sie agieren oftmals zu langsam und zu reaktiv.

Das liegt vor allem an der Komplexität des Prozesses zur Entwicklung neuer Konzepte, aber auch an der Förderstruktur. Langes Warten auf die Genehmigung von Anträgen erschwert proaktives Arbeiten. Gleichzeitig ist die Ereignisgetriebenheit der Politik als problematisch zu bewerten. Seit den Anschlägen in Halle (2019) und Hanau (2020) scheint hier jedoch eine Neubewertung des Themas stattgefunden zu haben, sodass es derzeit anhaltend auf der politischen Agenda zu finden ist. Mit dem Demokratiefördergesetz sollen zudem nachhaltige Grundlagen zur Extremismus- und Gewaltprävention geschaffen. Das Gesetz muss allerdings noch beschlossen werden (Stand Mai 2021).

Diese Nachhaltigkeit sollte auch auf die Projektförderung übertragen werden. Hier fehlt es an Langfristigkeit und Verstetigung. Statt immer neue Förderprogramme zu initiieren und an einer Modellprojektstruktur festzuhalten, sollten bestehende Projekte weiter unterstützt werden. Dabei muss jedoch die Qualität der Präventionsmaßnahmen beständig evaluiert werden. Gegebenenfalls sind Modifikationen vorzunehmen. Betriebsblindheit gilt es durch äußere Qualitätssicherung zu vermeiden.

Die Evaluation von Maßnahmen zur Extremismus- und Gewaltprävention gestaltet sich jedoch anspruchsvoll. Mal ist der Erfolg nur für die Beteiligten erfassbar, mal ist das mit Maßnahmen angesprochene Publikum nicht eingrenzbar, zum Beispiel wenn es darum geht, Demokratie zu fördern. Aus einer hohen Wahlbeteiligung kann nicht direkt der Erfolg der Förderung abgeleitet werden. Harte Indikatoren können bei Fragen der politischen Bildung im Sinne eines komplexen Prozesses also nur schwer herangezogen werden. Stattdessen gilt es, von Beginn eines Projekts an, den beständigen Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis sicherzustellen, um so den Transfer von Ideen, neuen Erkenntnissen und Optimierungsmöglichkeiten zu ermöglichen.

Nicht nur die Ausgestaltung der Projekte und ihrer Förderung ist für eine erfolgreiche Extremismus- und Gewaltprävention relevant. Auch wer wie angesprochen wird, ist ausschlaggebend. Bei Prävention durch politische Bildung geht es beispielsweise nicht darum, bereits Radikalisierte aufzuklären, sondern vielmehr

eine leise Mehrheitsgesellschaft in eine starke Zivilgesellschaft zu verwandeln, sodass Radikalisierung von vorneherein verhindert wird. Eine unmittelbare Wirkungsforschung ist nicht möglich, scheitern die Bemühungen jedoch, kann das an mangelhaft geregelten gesellschaftlichen Konflikten abgelesen werden. Eine erfolgreiche, die Zivilgesellschaft stärkende Prävention schafft Räume, in denen Diskurse stattfinden können.

Wünschenswert auf dem Gebiet der Prävention von Extremismus und Gewalt ist die Schaffung einer langfristigen Projektstruktur, die flexibles, kurzfristiges Handeln ermöglicht. Zu diesem Zweck braucht es Austauschformate und Kommunikationsstrukturen, die alle Beteiligten, Praxis und Politik, Wissenschaft und Einzelperson einbindet und vernetzt. Nur so kann sichergestellt werden, dass ein reger und ergiebiger Wissensaustausch stattfindet, der die Aktualität und den Erfolg der Extremismus- und Gewaltprävention sichert.

Kontakt:

Roman Peperhove

Leiter Forschungsforum Öffentliche Sicherheit

AG Interdisziplinäre Sicherheitsforschung

Freie Universität Berlin

Carl-Heinrich-Becker-Weg 6-10

12165 Berlin

+49 (0)30 838 60430

roman.peperhove@fu-berlin.de

www.sicherheit-forschung.de